

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr am 5. Februar 2019 im Hessensaal des Alten Posthofes

Anwesend:

die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr:

Stadtverordneter Cenk Aksu
Stadtverordnete Gabriele Sellmann in Vertretung für Selim Balcioglu
Stadtverordneter Mesut Cetin
Stadtverordneter Massimo Costanzo
Stadtverordneter Dieter Freidhof in Vertretung für Ralf Meik
Stadtverordneter Dimitrios Meretis
Stadtverordneter Stephan Orban
Stadtverordneter Winfried Pohl
Stadtverordnete Ursula Worms in Vertretung für Georg Reuter
Stadtverordneter Adrian Torka
Stadtverordneter Alexander Zeier

für die Wählervereinigung WPH:

Stadtverordneter Ralf Depke

die Fraktionsvorsitzenden:

Stadtverordneter Michael Minnert (CDU)
Stadtverordneter Dr. Marek Meyer (SPD)
Stadtverordneter Willi Torka (FWG)
Stadtverordneter Dietrich Muth (FDP)

vom Vorstand der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Günter Tannenberger

die Magistratsmitglieder:

Bürgermeister Klaus Schindling
Erster Stadtrat Karl Heinz Spengler
Stadträtin Ellen Beutel
Stadtrat Wolfgang Deul
Stadtrat Heinz-Theodor Kamp
Stadträtin Helena Neumann-Dreyling
Stadtrat Dr. Klaus Michael Schmitt
Stadträtin Margarethe Schmitt-Reinhart
Stadtrat Bernd Seel
Stadträtin Ingrid Unger

vom Ausländerbeirat:

Franka Novak
Ioannis Eleftheriadis

von der Verwaltung:

Ulrich Löffelholz, Schriftführer
Melani Radovic, stellv. Schriftführerin
David Tisold
Thomas Kettenbach
Simon Bär
Peter Dengel
Thomas Moder
Werner Schaffhauser
Stefan Käck

Der Ausschussvorsitzende Dimitrios Meretis eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung vom 30. Januar 2019 und die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt fest, dass die Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr vom 9. Januar 2018 allen Mitgliedern des Ausschusses zugegangen ist. Einwendungen werden nicht erhoben, die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Punkt 1

Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister verweist auf den ausgelegten Bautensachstandsbericht.

Punkt 2

Vorlage des Magistrats

betreffend Aufstellung des Bebauungsplans Nr. N 108 „Untertorstraße“

hier: 1. Höhendarstellung des städtebaulichen Konzepts zur Kenntnisnahme

2. Kommentierung der Stellungnahmen (Abwägung)

3. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB

- DR. Nr. 519 - (UBV)

Die Vorlage wird durch den Bürgermeister kurz begründet.

An der Aussprache zu der Vorlage beteiligen sich die Ausschussmitglieder Pohl und Cetin.

Herr Pohl weist insbesondere auf die Ausführungen der Deutschen Bahn in Bezug auf Immissionsschutz sowie auf die Kritik der Naturschutzbehörde hin.

Außerdem äußert er sich kritisch zu den Gebäudehöhen, daher beantragt Herr Pohl für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bebauungsplan so zu ändern, dass die Geschosshöhen um ein Geschoss minimiert werden oder alternativ das obere Geschoss zurückgesetzt wird.

Dieser Antrag wird mehrheitlich, mit Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen, Ablehnung von CDU, FWG und FDP und Enthaltung der SPD, abgelehnt.

Nachfragen zu sozialem sowie bezahlbarem Wohnungsbau im geplanten Baugebiet und zu der Schallschutzsituation von Herrn Stadtverordneten Cetin werden durch den Bürgermeister beantwortet.

Sodann wird die Vorlage mehrheitlich, mit Zustimmung von CDU, FWG, FDP und SPD sowie Ablehnung von Bündnis 90/Die Grünen zur Zustimmung empfohlen.

Punkt 3

Vorlage des Magistrats

betreffend Aufstellung des Bebauungsplans N 101 „Phrix“ im Ortsteil Okriftel

hier: 1. Beschluss über die Abwägung gemäß § 1 (7) BauGB

2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB

- DR. Nr. 520 - (UBV)

Auch diese Vorlage wird kurz durch den Bürgermeister begründet.

Herr Pohl regt an, mit Abschluss der Bebauung, Informationstafeln zur Ausweisung der historischen Gebäude aufzustellen. Hierzu äußert sich der Erste Stadtrat Karl Heinz Spengler.

An der anschließenden Aussprache, insbesondere zum Verkehrsaufkommen, beteiligen sich Herr Cetin, Herr Dr. Meyer, Herr Pohl sowie der Bürgermeister.

Sodann wird die Vorlage einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Punkt 4

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

betreffend Verkehrsplanung im gesamten Stadtgebiet

Reduzierung der Verkehrsbelastung für die Anwohner im Bestand

- DR. Nr. 523 - (UBV)

Herr Pohl begründet den Antrag seiner Fraktion ausführlich.

Nachfragen von Herrn Muth und Herrn Zeier zu den bisherigen Tätigkeiten der Verwaltung in Bezug auf die Reduzierung der Verkehrsbelastung werden durch den Bürgermeister beantwortet.

An der Aussprache zu dem Antrag beteiligen sich auch Herr Minnert, Herr Pohl, Herr Orban, Herr Torka, der Bürgermeister und Herr Kettenbach.

Sodann wird der Antrag mehrheitlich, bei Zustimmung von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ablehnung von CDU, FWG und FDP, zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 5

Antrag der SPD-Fraktion betreffend Parkraumsituation

- DR. Nr. 528 - (UBV)

Der Antrag wird durch Herrn Cetin für seine Fraktion begründet.

Zu dem Antrag äußern sich Herr Torka, Herr Pohl, Herr Dr. Meyer, Herr Depke, Herr Minnert, Herr Kettenbach und Herr Bürgermeister Schindling.

Herr Torka schlägt vor im Antrag „zeitnah“ mit „im Rahmen der Umsetzungsmöglichkeiten der Verwaltung“ zu ersetzen.

Herr Pohl weist auf die für Verkehrsfragen vorgesehene Arbeitsgruppe hin.

Der Bürgermeister sagt eine schnellstmögliche Erledigung durch die Verwaltung zu. Herr Kettenbach erklärt, dass die angesprochene Thematik ohnehin in der Verwaltung bearbeitet wird.

Sodann wird der Antrag einstimmig zur Zustimmung empfohlen, wobei der Begriff „zeitnah“ gestrichen wird:

*„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen welche Möglichkeiten bestehen um die Parkraumproblematik in Hattersheim für die Einwohner zu entschärfen.
Der Magistrat soll der Stadtverordnetenversammlung berichten und Handlungsoptionen aufzeigen.“*

Punkt 6

Antrag der SPD-Fraktion betreffend Überprüfung der Stellplatzsatzung

- DR. Nr. 529 - (UBV)

Herr Dr. Meyer begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Torka schlägt auch bei diesem Antrag vor, das Wort „zeitnah“ in dem Antrag wegzulassen.

Zu dem Antrag äußern sich Herr Muth, Herr Cenk und Herr Pohl kurz.

Sodann wird der Antrag einstimmig zur Zustimmung empfohlen, wobei der Begriff „zeitnah“ gestrichen wird:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Annahmen und Vorgaben der Stellplatzsatzung den heutigen Gegebenheiten noch entsprechen oder überarbeitet werden sollten.“

Berücksichtigt werden sollen insbesondere (aber nicht ausschließlich):

- *Die zurzeit aufgrund von Statistiken bekannte Fahrzeugdichte (Anzahl PKW pro 1000 Einwohner) in Hattersheim bzw. des MTK, und der daraus resultierende Bedarf an PKW-Stellplätzen pro Wohneinheit.*
- *Anforderungen der Barrierefreiheit*
- *Technologische Veränderungen, z.B. Elektromobilität (PKW, e-Bikes, E-Roller) oder (teil-)autonomes Fahren*
- *Verändertes Mobilitätsverhalten der Bevölkerung*

Der Magistrat soll der Stadtverordnetenversammlung über die Ergebnisse berichten und bei Bedarf einen Entwurf für eine überarbeitete Stellplatzsatzung vorlegen.“

Punkt 7

Bericht des Magistrats

betreffend Radverkehrskonzept Main-Taunus-Kreis

- DR. Nr. 515 -

(auf Wunsch der SPD-Fraktion)

Herr Dr. Meyer äußert sich kurz zu dem vorgelegten Bericht.

Er merkt an, dass in dem Bericht eine Prioritätenliste fehlt und regt an seitens der Stadt eine Prioritätenliste zu erstellen.

Der Ausschussvorsitzende Dimitrios Meretis schließt um 20:00 Uhr die Sitzung.

Hattersheim am Main, 6. Februar 2019

Dimitrios Meretis
Vorsitzender

Ulrich Löffelholz
Schriftführer